

Herrn
Wilhelm Gebhard MdB
Deutscher Bundestag
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

27. Februar 2026

Schutz vor Carbon Leakage: Erhalt der freien Zertifikatszuteilung im EU-ETS ohne Gegenleistungen

Sehr geehrter Herr Gebhard,

das EU-Emissionshandelssystem (ETS) ist das zentrale Instrument des europäischen Klimaschutzes. Wir befürworten das System ausdrücklich, da es die politisch vorgegebenen Emissionsminderungen garantiert und ein marktwirtschaftliches, technologieneutrales Preissignal für die Einsparung von CO₂ setzt. Damit ist es seit über 20 Jahren sowohl ökonomisch hoch effizient als auch ökologisch wirksam.

Gleichzeitig entstehen durch das ETS trotz seiner ökonomischen Effizienz zusätzliche Kosten für die regulierten Branchen. Diese führen zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber Regionen, in denen CO₂ nicht oder nicht vergleichbar bepreist wird. Um Carbon Leakage – also die Verlagerung CO₂-intensiver Produktion in Länder außerhalb der EU – zu verhindern, wurden den erfassten Unternehmen bislang Zertifikate teilweise kostenfrei zugeteilt.

Nach geltendem Recht soll diese freie Zuteilung bis Anfang der 2030er Jahre schrittweise abgeschmolzen und durch einen Klimazoll, den sogenannten Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), ersetzt werden. In der Praxis erweist sich der CBAM jedoch als extrem bürokratisch, handelspolitisch hoch riskant und nicht treffsicher: Aufgrund seiner Komplexität ist er potenziell umgehbar (zum Beispiel durch Vorverarbeitung importierter Güter). Darüber hinaus erfordert ein vollständiger Ausgleich Exportsubventionen, die politisch nicht vorgesehen sind und sich WTO-rechtlich kaum umsetzen lassen.

Die EU-Kommission plant daher nun eine Verlängerung der kostenlosen Zuteilung, die mit verpflichtenden ökologischen Gegenleistungen verknüpft ist. Unternehmen sollen für die weitere Zuteilung in sogenannte Transformationstechnologien investieren.

Wir begrüßen die grundsätzliche Bereitschaft der Kommission, die freie Zuteilung zu verlängern, ausdrücklich. Eine Verlängerung an ökologische Gegenleistungen zu knüpfen, ist jedoch kontraproduktiv und würde die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft weiter schwächen. Denn diese binden dringend benötigte Liquidität an Investitionen, die in vielen Branchen technisch nicht oder nur verzögert möglich sind: Klimaneutraler Wasserstoff fehlt in

relevanten Mengen, CCS-Infrastruktur existiert nicht, und eine Elektrifizierung von Prozessen ist in einigen Branchen nicht möglich oder stößt an Netzanschlussgrenzen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der längsten Rezession seit der Gründung der Bundesrepublik. Ein Grund hierfür sind international nicht wettbewerbsfähige Regelungen in den Bereichen Energie- und Klimapolitik. Es ist geradezu unsinnig, von diesen Unternehmen zu verlangen, in Technologien zu investieren, die sich heute nicht rechnen und ihre Wettbewerbsfähigkeit erst einmal weiter verschlechtern würden.

Angesichts der gewaltigen globalen Herausforderungen unserer Zeit ist die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt jedoch unverzichtbar - und das ist nicht irgendwann, sondern jetzt der Fall. Denn jetzt gehen Wettbewerbsfähigkeit, Marktanteile und Arbeitsplätze verloren. Nur durch eigene wirtschaftliche Stärke können wir für die Großmächte relevante Verhandlungspartner sein. Deshalb sollte die freie Zertifikatszuteilung als wirksames Instrument zur Vermeidung von Carbon Leakage unbedingt beibehalten, das anstehende Benchmark-Update im ETS I ausgesetzt und der ETS entsprechend gestreckt werden. Dadurch wird es den Unternehmen ermöglicht, langfristig in ihre Dekarbonisierung zu investieren, ohne an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Nur so kann Europa auch zukünftig eine ernstzunehmende Stimme für Freiheit und Demokratie in der Welt sein und eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. Wir bitten Sie, unser Anliegen bei Ihren politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Ein gleichlautendes Schreiben haben auch der hessische Ministerpräsident Boris Rhein, die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche und der Bundesumweltminister Carsten Schneider erhalten.

Für ein persönliches Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Andre Müller
Geschäftsführer
Verband der Papier- und
Pappenindustrie Hessen e. V.



Kamran Rostam
Senior Expert Energy
Government Affairs
Kupferverband e. V.



Sula Lockl
Geschäftsführerin
Verband der Chemischen
Industrie e. V.
Landesverband Hessen



Gerrit Gödecke
Hauptgeschäftsführer
VKS Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.



Dirk Pollert
Hauptgeschäftsführer
Vereinigung der hessischen
Unternehmerverbände e. V.